

Hans Mommsen

---

## **Gegenwartshandeln und geschichtliche Erfahrung**

Die Gewerkschaften  
und die Konsequenzen des Frühjahrs 1933

---

*Prof. Dr. Hans Mommsen, Jahrgang 1930, ist o. Professor für Neuere Geschichte an der Ruhr-Universität Bochum. Er hat u. a. zahlreiche Beiträge zur Geschichte der Arbeiterbewegung veröffentlicht.*

Ein altes, oft wiederholtes Wort besagt, daß die Chance, aus historischen Erfahrungen zu lernen, auf die Generation beschränkt sei, die sie selbst gemacht hat. Das Bestreben, einer nachfolgenden Generation historische Einsichten zu tradieren, die dem eigenen politisch-historischen Erleben entspringen, steht immer in der Gefahr, entweder dogmatische Verhaltensregeln zu setzen, die den Blick für neue Gegebenheiten verstellen, oder als Besserwisserei zu erscheinen, die die Entschlußkraft zum konkreten Handeln lähmt oder behindert. Überdies ist es fraglich, ob Lehren aus der Geschichte, die nur aus begrenzten historischen Erfahrungszusammenhängen abgeleitet sind, Verbindlichkeit beanspruchen können. Der Wert historisch-politischer Urteile, die sich mit der intimen Kenntnis der zeitgenössischen Bedingungen legitimieren, ist zweifelhaft. Zwar kann derjenige, der bestimmte historische Vorgänge miterlebt hat, gegenüber dem späteren Betrachter beanspruchen, mehr vom Klima und Stil der politischen Auseinandersetzungen zu kennen als dieser, der sie nur aus dem Studium der Doku-

mente und der Überlieferungen kennt. Aber der Zeitgenosse kann die prinzipiell bestehende Aspekthaftigkeit der historischen Erfahrung nicht überspringen, und in der Regel wird er die eigentlichen Hintergründe und Antriebskräfte, die zu historisch-politischen Entscheidungen führen, nicht hinreichend ermessen.

Daraus folgt, daß sogenannte Lehren aus der Geschichte, die sich bloß auf punktuelle Analogien zur Gegenwart stützen, eher zur Verformung der aus der historischen Betrachtung gewonnenen Einsichten beitragen als zu deren Vertiefung. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Geschichte konkrete Handlungsanweisungen für die Gegenwart entnommen werden. Fast immer pflegt der angestrebte Zweck angesichts der veränderten politisch-historischen Umstände sich ins Gegenteil zu verkehren oder Nebeneffekte zu bewirken, die nicht vorhersehbar waren. Lehren aus der Geschichte entziehen sich punktueller Aktualisierung, sie sind niemals situationell. *Jakob Burckhardts* Wort, daß die Geschichte „nicht sowohl klug (für ein andermal) als weise (für immer)" mache, entspringt gewiß einer kontemplativen Geschichtsbetrachtung, deren betont ästhetisierende Komponente der heutigen Historie fremd ist. Aber an der Einsicht, daß Geschichte prinzipiell nicht „verfügbar" gemacht werden kann, daß sie nicht abgetan ist, wenn man glaubt, die ihr entspringenden Konsequenzen gezogen zu haben, ist nicht zu rütteln. Historische Erfahrung und historisches Wissen haben vornehmlich die Funktion, den Sinn für mögliche Folgewirkungen zu schärfen, die sich aus Entscheidungen einzelner oder sozialer Gruppen ergeben, und das Bewußtsein zu schaffen, daß jedes politische Handeln in einem langfristigen historischen Kontext steht und daher in seinen Wirkungen notwendig begrenzt ist.

Vor einem solchen Hintergrund erscheint die Frage, die mir von den Initiatoren dieses einleitenden Artikels gestellt wurde, nämlich: „Wie und was können die Gewerkschaften für ihre gegenwärtige Politik aus ihrer Geschichte lernen", schwerlich beantwortbar. Man hat den Historiker einen „rückwärtsgewandten Propheten" genannt; daran ist wahr, daß er durch die Interpretation vergangener Geschehnisse den sich zunächst als zufällige Ereignisabfolge dartuenden historischen Prozessen einen inneren Zusammenhang verleiht, der, wäre er beim Eintritt in die Ereignisreihe bekannt gewesen, prophetischen Charakter besessen hätte. Bei der Beantwortung der Frage, was gegenwärtig politisch zu tun sei, kommt der Historiker regelmäßig zu spät, denn er analysiert mittelfristige Prozesse aus der Rückschau. Das Geschäft der direkten politischen Beratung steht ihm daher, wenn er sich selbst treu bleiben will, nicht gut an. Hingegen ist er den in unmittelbaren politischen Handlungszwängen sich Befindenden regelmäßig voraus, wenn es gilt, die Fülle möglicher Konsequenzen und Rückwirkungen politischer Entscheidungen zu antizipieren, die Diversifikation möglicher Lösungen aufzuzeigen und der politischen Blindheit entgegenzutreten, die sich überall dort einzustellen pflegt, wo innovatorische Planung Selbstzweck wird und die historischen Entwicklungschancen einer gegebenen gesellschaftlichen Struktur überschätzt.

Lehren aus der Geschichte, wenn es sie gibt, transzendieren daher stets das gegenwartsbezogene Handeln ebenso sehr wie sie es zu inspirieren vermögen. Sie sind auch nicht institutionalisierbar. Es wäre ein müßiges Beginnen, wenn sich Regierungen, Parlamente, politische Parteien, Arbeitgeberverbände oder Gewerkschaften historische Experten halten wollten, deren Aufgabe darin bestünde, das Vergangene zu registrieren und zu analysieren und gleichsam nach Art des Kanzleibeamten Aktenvorgänge zur Vorbereitung aktueller Entscheidungsprozesse aufzuarbeiten. Lehren aus der Geschichte sind nicht abrufbar; sie können nicht im Computer gespeichert werden. Voraussetzung dafür, daß die geschichtliche Erfahrung im weitesten Sinne in den politischen Entscheidungsprozeß korrigierend einfließt und nicht indirekt auf dem Wege historisch-politischer Vorurteile irrationalem Handeln Vorschub leistet, ist die Pflege und die Erhaltung des Bewußtseins der historischen Identität, ob es sich dabei um Individuen, soziale Gruppen oder Völker handelt. Denn erst auf diesem Hintergrund können historische Einsichten Legitimität beanspruchen und werden sie umgekehrt erst rational überprüfbar. Hierzu aber bedarf es der Pflege eines breiten historischen Bewußtseins, das dem öffentlichen Interesse für historische Gegenstände, nicht der Tätigkeit von dem Publikum gegenüber gleichsam eremitisch tätigen historischen Experten entspringt.

Die Lehren aus der Selbstpreisgabe der deutschen Gewerkschaftsbewegung im April und Mai 1933 können daher nicht in abstracto und nicht ein für allemal gezogen werden. Es handelt sich um eine extrem schwierige Situation, die nicht isoliert betrachtet werden darf und die, was die gewerkschaftliche Seite angeht, im Kontext der Geschichte der Arbeiterbewegung seit dem 1. Drittel des 19. Jahrhunderts beurteilt werden muß. Die Führer der deutschen Gewerkschaftsbewegung, und nicht nur der Vorstand des ADGB, sahen im Frühjahr 1933 keinerlei realistische politische Alternative zu der von ihnen verfolgten Strategie der Anpassung, durch die sie die Provokationen des Gegners, dessen Langlebigkeit fundamental unterschätzt wurde, zu unterlaufen und die Existenz der gewerkschaftlichen Organisationen, wenngleich unter weitgehender Preisgabe von deren Unabhängigkeit gegenüber staatlichem Einfluß, zu bewahren hofften. Diese Politik, die in *Leiparts* Aufruf, sich an den nationalsozialistischen Maifeiern zu beteiligen, gipfelte, ließ alle bislang teils latenten, teils mit Durchhalteparolen und antikommunistischen Ausfällen verdeckten Schwächen der gewerkschaftlichen Strategie offenkundig werden. Was sich im Frühjahr 1933 vollzog, war eine kaum mehr abzuwendende Konsequenz einer Kette früherer Fehlentscheidungen, und es wäre absurd, sich vorzugaukeln, es hätte eine politische Alternative gegeben, die den Ablauf der Ereignisse wesentlich hätte verändern können.

Die nähere historische Analyse zeigt, daß, auch ganz unabhängig von den verheerenden Rückwirkungen der Weltwirtschaftskrise, die sozial-ökonomische Großwetterlage seit den frühen 20er Jahren jede gewerkschaftliche Offensivstrategie verhindert hat. Dies gilt für alle west- und mitteleuropäischen Industrie-

länder. Die strukturelle Schwäche der sozialistischen Arbeiterbewegung hängt aufs engste mit dieser Tatsache zusammen. Die relative ökonomische Stagnation dieser Periode begünstigte das industrielle Kapital. Noch wichtiger war, daß der strukturelle Wandel des kapitalistischen Systems das soziale Rekrutierungsfeld der Arbeiterbewegung einschränkte und die traditionellen Kampfmittel der Arbeiterschaft weitgehend wirkungslos machte. Die Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung ist ein wichtiges Resultat dieser tiefgreifenden Krise, wenngleich sie auch als selbständiger Faktor zu werten ist, der die Schwäche der sozialistischen und gewerkschaftlichen Kräfte verstärkte.

Der Streit, ob eine Abkehr von dem durch SPD und ADGB praktizierten Reformismus viel an der tatsächlichen Entwicklung hätte ändern können, geht an der Tatsache vorbei, daß sich die Arbeiterbewegung in der Zwischenkriegsperiode fast überall in die Defensive gedrängt sah. Eine Wendung nach links hätte die sich seit 1923 abzeichnende Isolierung der gewerkschaftlichen Bewegung im politischen und gesellschaftlichen System der Weimarer Republik nur beschleunigt. Sie hätte keinesfalls den Ausgleich mit den kommunistischen Gruppen gebracht, allenfalls das krisenbedingte Anwachsen der KPD verringert. Entgegen den schwankenden Einschätzungen der Komintern bestand in Mitteleuropa während der 20er und frühen 30er Jahre zu keinem Zeitpunkt irgendeine Chance einer erfolgverheißenden revolutionären Offensive des Proletariats. Die Antifaschismuskampagne der Komintern hatte überwiegend die Funktion, von dieser Kalamität abzulenken. Trotz ihres verbalen Revolutionarismus verfolgte die KPD eine im wesentlichen inhaltende Politik, die sie bis zur Anpassung an bürgerliche nationalistische Parolen und zum indirekten taktischen Zusammengehen mit der NSDAP führen konnte. Die irrige Annahme, das faschistische Regime werde wirtschaftlich und sozialpolitisch rasch abwirtschaften und breite Gruppen des Mittelstandes in das Lager des klassenbewußten Proletariats treiben, damit zum Hebel der Durchsetzung der sozialistischen Gesellschaft werden, veranlaßte die Komintern-Führung, die Hauptstoßrichtung der kommunistischen Agitation auch dann noch gegen SPD und Freie Gewerkschaften zu führen, als die Machteroberung der NSDAP bereits vollzogen war.

Vor diesem Hintergrund wird man sich vorschneller Schlußfolgerungen aus dem Debakel der Gewerkschaftspolitik nach dem 30. Januar 1933 enthalten müssen. Es bestand niemals eine ernsthafte Chance, zu einer arbeitsfähigen Einheitsfront zwischen demokratischen Sozialisten und Kommunisten zu gelangen, weder von unten noch von oben. Jeder Versuch in dieser Richtung hätte den inneren Zerfall der gewerkschaftlichen Organisationen bedeutet, zumal angesichts des zuvor in übertriebenem Maße eingeschlagenen rigoros antikommunistischen Kurses. Für eine aussichtsreiche Einheitsfrontpolitik fehlten alle psychologischen und politischen Voraussetzungen. Aber auch unabhängig von dieser Problematik gab es keinen Ansatzpunkt für eine offensive Strategie gegen die zunehmende Konsolidierung reaktionärer und faschistischer Gruppierungen. Das zeigte sich am

20. Juli 1932 mit aller Deutlichkeit. So kläglich die Haltung von SPD-Vorstand, ADGB-Führung und sozialdemokratischen Kabinettsmitgliedern in Preußen mit der Tendenz, die Verantwortung untereinander zu verschieben, auch anmutet — es bestand keinerlei Aussicht, den Staatsstreich v. *Papens* durch die Ausrufung des Generalstreiks und den bewaffneten Widerstand der Formationen des Reichsbanners und der Eisernen Front — ganz abgesehen von der zweifelhaften Haltung der KPD — zu verhindern. Ein derartiger Versuch hätte *Hitlers* Ambitionen unmittelbar in die Hände gespielt. Denn die NSDAP, die nicht hoffen konnte, legal zur Macht zu gelangen, wartete nur darauf, daß eine solche innenpolitische Konstellation sie in die Lage versetzte, sich als Retter des Vaterlandes gegen den „Marxismus“ aufzuspielen und dies zum Vorwand der Machteroberung zu nehmen. Ein wie immer geführter offener Aufstand der demokratischen Sozialisten hätte zwar — wie die Februarerhebung 1934 in Österreich — ein moralisches Atout für die Zukunft, aber keine Abwendung der Diktatur für die Gegenwart bedeutet.

Es steht auf einem anderen Blatt, daß die Führung des ADGB alles unternahm, um ein Eingeständnis der eigenen Niederlage zu vermeiden. Mit dem nicht aufrichtig gemeinten Appell an die Mitgliedschaft, sich für die kommende Auseinandersetzung mit den Faschisten bereitzuhalten, trug sie nur zu einer weiteren Verunsicherung der Anhänger bei und gefährdete so auf die Dauer deren Widerstandswillen. Befangen in einem dogmatisch erstarrten Antikommunismus verschwendete sie ihre Kraft darauf, linksgerichtete Gruppierungen organisatorisch auszuschalten, statt alle Energie auf die Regenerierung und Verjüngung des Gewerkschaftsapparats zu verwenden. Die Überschätzung bloßer organisatorischer Macht schlug dann in das fragwürdige Schauspiel um, den Bestand der Gewerkschaften um nahezu jeden Preis zu retten und dafür schließlich auch die Zerschlagung der historisch gewachsenen Bindung an die SPD in Kauf zu nehmen, ferner den aus der Not gebotenen Einheitsgewerkschaftsgedanken zur von vornherein zweifelhaften Rechtfertigung dieses Beschlusses zu benützen und ihn damit zu diskreditieren.

*Galbraiths* Apercu, daß man die Gewerkschaften, wenn es sie nicht gäbe, erfinden müsse im Interesse der Funktionsfähigkeit der kapitalistischen Industriegesellschaft, hat hinsichtlich der Situation von 1932/33 die Parallele, daß die Gewerkschaften, wollen sie nicht zu einer schattengleichen Existenz neben einem allmächtigen Staatsapparat herabsinken, ein funktionsfähiges parlamentarisches System und die Existenz demokratischer Parteien nicht entbehren können. Wenn eine Schlußfolgerung aus der Lage vom Frühjahr 1933 berechtigt ist, dann ist es die nachdrückliche Warnung vor einer Überbewertung geronnener organisatorischer Macht, die sich stets mit der Tendenz zu bürokratischer Erstarrung und zum Abbau innerverbandlicher Demokratie zu verbinden pflegt. Die Überschätzung des gewerkschaftlichen Zentralismus führte in Weimar zu einer weitgehenden

Vernachlässigung der Betriebsebene auch dort, wo die Freien Gewerkschaften die Betriebsräte vor linksradikalen Einflüssen abzuschirmen vermochten. Sie überließen hier den Kommunisten und Syndikalisten ein durchaus wirkungsvolles Betätigungsfeld. Ebenso verdeckte der allzu leichtfertige Gebrauch der Agententheorie strukturelle Schwächen der unteren und mittleren Organisationsebene. In den gleichen Zusammenhang gehört die vorschnelle Benützung antikommunistischer Parolen zur organisatorischen Disziplinierung von nach links abdriftend'en Mitgliedergruppen.

Man hat argumentiert, daß aus der gewerkschaftlichen Politik dieser Phase hervorgehe, wie sehr sich die Führung der Freien Gewerkschaften vom „lebendigen“ Proletariat isoliert und wie sehr sie den Emanzipationskampf des Proletariats in ein „administratives Geschäft“ verwandelt hätte. Behauptungen dieser Art vermischen in der Regel richtige Einsichten mit der sozialromantischen Utopie, wie sie schon *Rosa Luxemburg* vertrat, wonach die Spontaneität der Massen ein geeignetes Mittel sei, um die Erstarrung der politischen und gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung zu überwinden. Die vielgeforderte Aktivierung der „Basis“ und eine größere Offenheit der Führungsauslese sind, wie die Erfahrungen der Weimarer Republik beweisen, wichtige Korrekturen gegenüber der Tendenz zur Verselbständigung des Apparats, lösen aber die Grundprobleme der gewerkschaftlichen Strategie nicht. Das Dilemma des ADGB in jener Phase bestand darin, daß namentlich unter den Bedingungen der Krise das klassische Instrument des Arbeitskampfes versagte und die Gewerkschaften notwendigermaßen versuchen mußten, die staatliche Wirtschafts- und Konjunkturpolitik direkt zu beeinflussen. Der WTB-Plan und die Arbeitsbeschaffungsforderungen des ADGB wiesen den richtigen Weg, waren aber mit der Notwendigkeit verknüpft, mit dem bestehenden Staatsapparat einen *modus vivendi* zu finden. Unter den gegebenen Bedingungen mußte die sozialpolitisch gebotene Prioritätensetzung zugunsten staatlicher Arbeitsbeschaffung die Unabhängigkeit der Gewerkschaften bedrohen, zumal auch die Sozialpolitik zum ausschließlichen Instrument der Regierung wurde. In einer solchen Lage, die sich grundlegend von den Entwicklungserwartungen der sozialistischen Arbeiterbewegung unterschied, hätte nur die Rückbesinnung auf die eigene geschichtliche Tradition das Korrektiv zu einer immer vorbehaltloseren Kooperationsbereitschaft gegenüber autoritären und schließlich faschistischen Regierungen bilden können. Statt dessen verstrickte sich die ADGB-Führung, und nicht anders gilt dies für die christlichen Gewerkschafter, in den Mythos der „nationalen Revolution“, der schließlich dazu dienen sollte, auch die Ausschaltung der Gewerkschaftsbewegung zu legitimieren.